

Zweitveröffentlichung



Hoffmann-Lange, Ursula

Jugend und Politik

Datum der Zweitveröffentlichung: 25.04.2023

Akzeptiertes Manuskript (Postprint), Beitrag in Sammelwerk

Persistenter Identifikator: urn:nbn:de:bvb:473-irb-592365

Erstveröffentlichung

Hoffmann-Lange, Ursula: Jugend und Politik. In: Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Andersen, Uwe; Woyke, Wichard (Hg). Opladen : Leske und Budrich, 1993. S. 221-225. DOI: 10.1007/978-3-322-95896-9_58.

Rechtehinweis

Dieses Werk ist durch das Urheberrecht und/oder die Angabe einer Lizenz geschützt. Es steht Ihnen frei, dieses Werk auf jede Art und Weise zu nutzen, die durch die für Sie geltende Gesetzgebung zum Urheberrecht und/oder durch die Lizenz erlaubt ist. Für andere Verwendungszwecke müssen Sie die Erlaubnis des/der Rechteinhaber(s) einholen.

Für dieses Dokument gilt das deutsche Urheberrecht.

Jugend und Politik

1. Die Auswirkungen des Wandels in der Sozialstruktur fortgeschrittener Industriegesellschaften

In der Jugendsoziologie besteht weitgehend Einigkeit darüber, daß die Verlängerung der Bildungswege und die Individualisierung der Lebensbedingungen in den fortgeschrittenen Industriegesellschaften sowohl zur Herausbildung eigenständiger Jugendkulturen als auch zu einer stärkeren Betonung von Selbstverwirklichungs- im Verhältnis zu Pflicht und Akzeptanzwerten (*H. Klages*) geführt haben. In Verbindung mit der vielfach konstatierten Auflösung der traditionellen soziokulturellen Milieus bedeutet dies, daß die Jugendlichen in den hochindustrialisierten Demokratien heute weit weniger als früher in sozialstrukturell vorgegebene Gruppenzugehörigkeiten und politische Loyalitäten hineinwachsen. Dadurch ist der Erwerb politischer Orientierungen sehr viel stärker durch individuelle Erfahrungen und Vorlieben beeinflusst.

Der Wandel in der → Sozialstruktur fortgeschrittener Industriegesellschaften hat daher nicht nur Konsequenzen für die Lebensbedingungen und Wertorientierungen, sondern auch Auswirkungen auf das Verhältnis der Bürger zur Politik. Da die politischen Orientierungen eines Menschen nach dem Eintritt in das Erwachsenenleben relativ stabil bleiben, vollzieht sich dieser Wandel jedoch graduell und wird primär von den jüngeren Kohorten getragen.

Untersuchungen in den osteuropäischen Gesellschaften belegen, daß sich auch dort entsprechende Modernisierungsprozesse vollzogen, die allerdings gegenüber dem Westen weniger ausgeprägt sind (vgl. *Behnken* u.a. 1991: 24). Die Lebensbedingungen in den neuen → Bundesländern entsprechen daher noch stärker traditionellen Mustern als im Westen. Andererseits führte jedoch die staatlich oktroyierte Politisierung in der

→ DDR schon vor der Wende zu einer „doppelten Identität“ Jugendlicher (*Lemke* 1991), die Lippenbekenntnisse zum Sozialismus und die Erfüllung der offiziellen politischen Partizipationspflichten mit einem Rückzug in die Privatsphäre verband. Der Zusammenbruch der DDR hinterließ vollends ein Vakuum, das die Herausbildung politischer Orientierungen ähnlich wie im Westen zunehmend zur individuellen Angelegenheit der Jugendlichen macht.

2. Politisches Interesse

Generell ist Politik ein für die Bürger eher peripherer Lebensbereich. Dies gilt für junge Menschen in besonderem Maße. Alle verfügbaren Informationen über das politische Interesse und die politische Beteiligung bestätigen eine wesentlich geringere Einbindung jüngerer Menschen in das politische System. Sie ist darauf zurückzuführen, daß das politische Verständnis Ergebnis eines längeren Sozialisationsprozesses ist. Entsprechend ist die Herausbildung stabiler politischer Orientierungen erst mit der vollen Übernahme der Erwachsenenrolle abgeschlossen, die heute wesentlich später erfolgt. Dies ist bei Vergleichen zwischen Altersgruppen stets zu berücksichtigen.

Der Grad des politischen Interesses und der Bereitschaft zur politischen Partizipation hängt neben dem Lebensalter jedoch noch von zwei weiteren Faktoren ab, nämlich vom Bildungsniveau und von der Geschlechtszugehörigkeit. Angesichts der Bildungsexpansion und der Abschleifung der traditionellen Geschlechtsrollen könnte man von daher einen kräftigen Anstieg des politischen Interesses in der jüngeren Generation erwarten. Dies ist auch tatsächlich der Fall, wenn auch nicht im erwarteten Ausmaß. Denn erstens blieb der Anstieg des politischen Interesses der jüngeren Kohorten hin-

ter dem Anstieg in der Gesamtbevölkerung zurück, v.a. wenn man ihr höheres Bildungsniveau berücksichtigt. Und zweitens hat sich die Differenz zwischen den Geschlechtern im Verlauf der letzten 30 Jahre zwar eingeebnet, verharrt jedoch auf einem relativ hohen Niveau. In den 80er Jahren belief sie sich in der BRD in allen Alters- und Bildungsgruppen auf etwa 20 % (starkes politisches Interesse: 42 % bei den Männern zu 19 % bei den Frauen, in der jüngsten Kohorte der ab 1960 Geborenen 39 % zu 21 %).

Vergleichsuntersuchungen zwischen west- und ostdeutschen Jugendlichen ergaben durchweg ein höheres politisches Interesse der jungen Menschen in der (ehemaligen) DDR. In einer vom Deutschen Jugendinstitut, München, in Zusammenarbeit mit dem Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ), Leipzig, im Sommer durchgeführten Befragung bei Großstadtschülern der neunten Klassen gaben beispielsweise 28 % der Schüler in der DDR an, sich (sehr) stark für Politik zu interessieren, während es in der BRD lediglich 20 % waren.

Diese Differenz kann zum einen bedeuten, daß die stärkere Betonung der politischen Verantwortung jedes Gesellschaftsmitglieds in der offiziellen DDR-Politik tatsächlich die erwünschten Auswirkungen hatte. Es kann jedoch ebenso gut eine Reaktion auf die massiven politischen Veränderungen in den neuen Bundesländern darstellen, die das persönliche Leben der Menschen in vielfacher Weise tangieren. Für diese zweite Interpretation sprechen die Zeitreihendaten des ZIJ, die für Anfang 1990 einen deutlichen Anstieg des politischen Interesses bei den Jugendlichen im Osten signalisierten, das dann in der zweiten Jahreshälfte 1990 aber wieder auf den Stand von 1987 zurückfiel (*Friedrich/Förster* 1991).

3. Wertewandel und die Legitimität des politischen Systems

Mit der Studentenbewegung der 60er Jahre nahm die politische Aktivität der Bürger in allen westlichen Demokratien sprunghaft zu. Dies äußerte sich vor allem in einer stärkeren Bereitschaft junger Menschen zur Beteiligung an direkten politischen Aktionen (Demonstrationen, Hausbesetzungen u.ä.) sowie in der Entstehung zahlreicher informeller politischer Gruppen, die zum Umfeld der sog. → Neuen Sozialen Bewegungen zählen (u.a. → Bürgerinitiativen, Umwelt-, Friedens- und Frauengruppen). Diese politische Mobilisierung galt vielen Beobachtern als Anzeichen für eine „partizipatorische Revolution“ (*M. Kaase*), die den demokratischen politischen Prozeß in den westlichen Demokratien mittelfristig grundlegend verändern würde.

Als Ursachen für diesen Prozeß wurden einmal die durch ein zunehmend höheres Bildungsniveau bedingte „kognitive Mobilisierung“ der Bevölkerung, zum anderen der → Wertewandel betrachtet, der sich im Gefolge der oben skizzierten strukturellen Veränderungen in den fortgeschrittenen Industriegesellschaften vollzog. Dieser Wertewandel brachte eine gewisse Abwertung materieller Güter bei einer gleichzeitig stärkeren Betonung „postmaterieller“ Werte der Selbstverwirklichung und der sozialen bzw. politischen Teilhabe mit sich. Der Realisierung dieser Ziele stand jedoch eine zunehmende Erstarrung der etablierten Politik und ihre mangelnde Reaktionsfähigkeit auf neue politische Probleme (v.a. Umweltprobleme) entgegen. Der Wertewandel führte daher zu einem Rückgang in der Unterstützung der traditionellen politischen Kräfte und zu einer Zunahme alternativer politischer Artikulationsformen und -gruppen.

Während die Zahlen über die Entwicklung des politischen Interesses in der jüngeren Generation die These von der kognitiven Mobilisierung nur bedingt stützen und eher auf eine Stabilisierung auf mittlerem Niveau

hindeuten, gibt es vielerlei Anzeichen für einen Rückgang in der Bindekraft der etablierten politischen Organisationen. So ist das Vertrauen in verschiedene politisch-gesellschaftliche Institutionen und insbesondere in die politischen → Parteien deutlich zurückgegangen, vor allem bei den Angehörigen der jüngeren Altersgruppen. Je nach Standpunkt des Beobachters wird dies als Parteien- bzw. Politikverdrossenheit, als gestiegener Realismus oder als „Erosion des institutionellen Bewußtseins“ (Veen 1986) betrachtet.

Gleichzeitig ist die allgemeine Zufriedenheit mit der Demokratie bei den Bürgern der alten Bundesländern aber durchweg hoch, und zwar unabhängig vom Alter. Das geringe Ansehen der politischen Parteien hat also keine Auswirkungen auf die Unterstützung für die Demokratie als Regierungsform. Die verbreitete Skepsis gegenüber Politikern und Parteien, die in der Gruppe der Jüngeren und Hochgebildeten am weitesten verbreitet ist, kann daher keinesfalls mit einer demokratiefeindlichen Haltung gleichgesetzt werden (vgl. *Schmidtchen* 1983).

Die verbreitete Skepsis der jungen BRD-Bürger gegenüber den etablierten politischen Parteien hat auch nicht dazu geführt, daß diese in ihrem Wahlverhalten fundamental vom Durchschnitt abweichen. Bei der Bundestagswahl 1990 stimmten die Erstwähler vielmehr nur geringfügig unterdurchschnittlich für die Regierungsparteien. Die → SPD hat ihre in den 70er Jahren führende Rolle in dieser Altersgruppe fast vollständig eingebüßt und erzielte hier nur etwas überdurchschnittliche Ergebnisse, während die → Grünen und die → Republikaner einen überproportionalen Anteil der Erstwählerstimmen mobilisieren konnten. Dies zeigt, daß es keinen Automatismus einer Entwicklung zugunsten „linker“ Parteien in der jungen Generation gibt. Schon *K. Allersbeck/W. Hoag* wiesen darauf hin, daß die Tatsache, daß die Neuen Sozialen Bewegungen und (damals) die Grünen ihre Unterstützung primär bei jungen Menschen finden,

nicht gleichbedeutend damit ist, daß die Mehrheit der Jugendlichen sich von den etablierten Parteien abgewandt hat (1985: 137).

Für die DDR zeigen die Umfragen des ZIJ bis in die 80er Jahre relativ hohe Werte der Identifikation mit der DDR und dem Sozialismus. Insgesamt fühlten sich jeweils etwa 90 % der Befragten mit der DDR verbunden, davon etwa 40 % bis 50 % stark, die übrigen mit Einschränkungen. Diese Ergebnisse dürften allerdings teilweise auch den Druck widerspiegeln, politisch erwünschte Antworten zu geben. Ihr rapider Verfall ab Mitte der 80er Jahre — auf zuletzt nur noch knapp 1/5 mit starker Verbundenheit und fast 30 %, die sich kaum oder überhaupt nicht mit der DDR verbunden fühlten — ist daher nicht ausschließlich darauf zurückzuführen, daß die jungen Menschen zunehmend unzufriedener mit der politischen Situation waren, sondern auch darauf, daß Kritik an den politischen Verhältnissen zunehmend toleriert wurde und daher ohne Angst vor negativen Konsequenzen geäußert werden konnte.

Für die Zeit nach der deutschen Vereinigung liegen bislang noch keine nach Alter aufgeschlüsselten Vergleichsanalysen für die Zufriedenheit mit der Demokratie bei den Bürgern der neuen Bundesländer vor. Die Daten für die Gesamtbevölkerung zeigen jedoch eine im Vergleich zur alten BRD durchweg größere politische Unzufriedenheit, die bei den jungen Menschen noch ausgeprägter sein dürfte. Diese bezieht sich sowohl auf die wirtschaftliche Lage und die politischen Institutionen, als auch auf die Demokratie insgesamt. Inwieweit sich hieraus ein dauerhaftes Legitimationsdefizit entwickeln wird, hängt sicher auch von der ökonomischen Entwicklung in Ostdeutschland ab.

4. Politische Partizipation

Das Niveau der politischen Partizipation junger Menschen liegt ebenso wie ihr politi-

tisches Interesse unter dem der Erwachsenenbevölkerung. Dies zeigen bereits die Ergebnisse für die Wahlbeteiligung verschiedener Altersgruppen. Bei der Bundestagswahl 1990 betrug beispielsweise die Differenz zwischen der Altersgruppe der 21 bis 25jährigen und der Gesamtwählerschaft ganze 14,5 % (61,8 % im Vergleich zu 76,3 %). Dabei lag die Wahlbeteiligung der Angehörigen jüngerer Alterskohorten in den neuen Bundesländern mit 56,6 % bei den 18 bis 21jährigen und 54,5 % bei den 21 bis 25jährigen noch deutlicher unter der der entsprechenden westdeutschen Altersgruppen (67,0 % und 63,6 %). Dies mag jedoch durch die spezifische Situation kurz nach der Vereinigung D.s bedingt gewesen sein. Endgültige Schlüsse auf die zukünftig zu erwartende Wahlbeteiligung junger Menschen in den neuen Bundesländern lassen sich daraus noch nicht ziehen.

Fast durchweg wird beklagt, die Mitgliederzahlen Jugendlicher in politischen Parteien, Gewerkschaften und Jugendverbänden seien in jüngster Zeit dramatisch zurückgegangen. Allerdings konnte O. Niedermayer (1989: 83 ff.) nachweisen, daß der Rückgang in den Parteieintritten der jüngeren Alterskohorten ab Mitte der 70er Jahre zumindest bei der SPD lediglich eine Rückkehr zu einer ausgewogeneren Altersstruktur bedeutete, da nach dem Regierungswechsel 1969 der Anteil jüngerer Parteimitglieder überproportional gestiegen war. Tatsächlich stabilisierte sich deren Anteil auf einem im Vergleich zum Zeitraum vor 1969 höherem Niveau. Langfristige Trendanalysen, die sowohl die Altersstruktur der verschiedenen Organisationen als auch den Organisationsgrad der verschiedenen Altersgruppen berücksichtigen, stehen bislang noch aus, so daß die These vom Rückzug der Jugend aus den etablierten Organisationen zu pauschal erscheint.

Die Klagen über den Rückgang der Mitgliedschaft junger Menschen in Parteien und Jugendorganisationen speisen sich neben den grundsätzlichen strukturellen Schwie-

rigkeiten der Mobilisierung Jugendlicher für eine kontinuierliche Organisationsarbeit vor allem aus drei Trends. Der erste ist die bereits erwähnte Abnahme des Vertrauens in die etablierten politischen Akteure. Der zweite ist in der Tatsache zu suchen, daß sich seit den 70er Jahren zahlreiche neue Organisationen gebildet haben, die dem Spektrum der Neuen Sozialen Bewegungen zuzurechnen sind und mit den seit langem etablierten Organisationen um Mitglieder konkurrieren. Der dritte Trend schließlich besteht darin, daß die Zunahme der Bereitschaft zu punktuellen politischen Aktivitäten nicht von einer entsprechenden Zunahme der Bereitschaft zur kontinuierlichen Mitarbeit in (politischen) Organisationen begleitet war. Dies stellt sowohl etablierte als auch neue Organisationen vor neuartige Organisationsprobleme. Während die kontinuierliche Organisationsarbeit wie früher von einem kleinen Stamm von Personen bewältigt werden muß, fluktuieren die Teilnehmerzahlen je nach Art der politischen Aktivität beträchtlich.

Die bislang umfangreichste Untersuchung zur Teilnahme junger Menschen (12-24 Jahre) an Jugendorganisationen in der BRD wurde 1986 von EMNID durchgeführt. Sie ergab einen Organisationsgrad von 2,4 % in politischen (Jugend)Organisationen und von 1,7 % in Gewerkschaften. Demgegenüber gaben 13,7 % der Befragten eine Zugehörigkeit zu den Neuen Sozialen Bewegungen. Dieser hohe Anteilswert sollte aber realistischlicherweise nur als Maximalzahl derjenigen betrachtet werden, die im Einzelfall für politische Aktionen mobilisierbar sind. Die Tatsache, daß die Hälfte der Mitglieder politischer (Jugend)Organisationen und 1/4 der Gewerkschaftsmitglieder gleichzeitig angeben, den Neuen Sozialen Bewegungen zuzugehören, bestätigt dabei frühere Ergebnisse der politischen Partizipationsforschung, daß sich traditionelle und neue Partizipationsformen gegenseitig nicht ausschließen.

Wegen des noch im Aufbau befindlichen Systems politischer Parteien und Jugendor-

ganisationen in den neuen Bundesländern, sind für die dortigen Jugendlichen noch keine verlässlichen Zahlen verfügbar. Jedoch spricht die Entwicklung der Mitgliederzahlen der FDJ für die geringe Effektivität einer staatlich verordneten politischen Mobilisierung. Diese zeigt nämlich eine rapide Angleichung der DDR-Jugend an den in westlichen Gesellschaften üblichen geringen Organisationsgrad. Als die Mitgliedschaft in der FDJ ihre Bedeutung für das individuelle Fortkommen verlor, setzte eine massenhafte Absetzung aus diesem Jugendverband ein, dem noch 1989 3/4 aller Jugendlichen angehört hatten. Wie der SPIEGEL im November 1990 berichtete, sank die Zahl der FDJ-Mitglieder im Jahr nach dem Fall der Mauer von 2,3 Millionen auf nur 22 000.

Literatur

- Allerbeck, Klaus/Hoag, Wendy 1985: Jugend ohne Zukunft? München.
- Behnken, Imbke u.a. 1991: Schülerstudie '90. Jugendliche im Prozeß der Vereinigung. Weinheim.
- Eckert, Roland 1991: Selbsterfahrung und Gesellschaftsveränderung: Die Faszination neuer sozialer Bewegungen, in: Sachverständigenkommission 8. Jugendbericht (Hrsg.): Lebensverhältnisse Jugendlicher. Band 2: Zur Pluralisierung und Individualisierung der Jugendphase. München.
- Friedrich, Walter/Förster, Peter 1991: Ostdeutsche Jugend 1990, in: Deutschland Archiv, 24. Jg.
- Kaase, Max 1991: Jugend und Jugendpolitik unter den Aspekten: politische Partizipation in verfaßten Formen; Jugend und Gewalt und Jugendprotest, in: Sachverständigenkommission 8. Jugendbericht (Hrsg.): Lebensverhältnisse Jugendlicher. Band 2: Zur Pluralisierung und Individualisierung der Jugendphase. München.
- Lemke, Christiane 1991: Die Ursachen des Umbruchs 1989. Politische Sozialisation in der ehemaligen DDR. Opladen.
- Niedermayer, Oskar 1989: Innerparteiliche Partizipation. Opladen.
- Schmidtchen, Gerhard 1983: Jugend und Staat, in: Matz, Ulrich/Schmidtchen, Gerhard: Gewalt und Legitimität. Opladen.
- Veen, Hans-Joachim 1986: Die neue Spontaneität — Empirische Ergebnisse zur Erosion des institutionellen Bewußtseins bei Jüngeren, in: Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): Wahrheit statt Mehrheit? München.

Ursula Hoffmann-Lange